

TERMINE

► **Fit für den Vorsitz**

Die besondere Situation von Personalratsvorsitzenden, deren Stellvertretung und von Vorständen ist Inhalt des Seminars von ver.di b+b. Das Seminar behandelt praxisorientiert deren besondere Aufgaben auf der Grundlage des BPersVG bzw. der Landespersonalvertretungsgesetze – Rechte, Pflichten, Aufgaben gegenüber der Dienststelle.

► **7. – 9.5., Beilngries-Paulushofen.**

www.verdi-bub.de > seminare > seminarfinder > Seminarnummer: 1806-1805071

► **Klare Rede**

Frauen, die aktiv gestalten und ihre Kompetenzen und Ideen einbringen, treten im beruflichen Umfeld oftmals hinter den Männern zurück – Abhilfe kann das ver.di-Rhetorik-Seminar schaffen.

► **28.5. – 1.6., Walsrode.**

<https://bildungportal.verdi.de> > Seminare suchen > Seminarnummer: WA0118052802

INTERVIEW



Katja Beier

Maxi Schubert

Ideen keine Grenzen setzen

AUFKLÄRUNG Für eine Suchtpräventionswoche gab es beim Deutschen Personalräte-Preis 2017 den Sonderpreis der HUK Coburg.

Die Suchtpräventionswoche der JAV beim Umweltbundesamt Dessau hat die Jury überzeugt. Wie lange hat die Umsetzung des Projekts gedauert?

M. Schubert: Erste Treffen fanden im Juni 2016 statt. Die Planung dauerte etwa fünf Monate und endete im Oktober mit der Projektwoche.

Mussten Sie intern viel Überzeugungsarbeit leisten und was waren die größten Hürden?

K. Beier: Nein, viel Überzeugungsarbeit mussten wir nicht leisten. Diese Suchtpräventionswoche ist im Ausbildungskonzept des Umweltbundesamtes verankert und findet daher regelmäßig alle drei Jahre statt. Hauptorganisator ist die JAV mit Unterstützung der Ausbildungsleitung. Durch personelle Engpässe im Personalreferat standen die JAV und der Personalrat weitestgehend allein in der Planung und Organisation. Grundlegend haben nur vier Personen aktiv an der Planung mitgewirkt, was zu einer Doppelbelastung aller Beteiligten führte.

Wie waren oder sind die Reaktionen der Kollegen beim Umweltbundesamt?

K. Beier: Die Reaktionen der Azubis waren durchgehend positiv. 40 von circa 50 Auszubildenden haben teilgenommen. Die Amtsleitung positionierte sich positiv und lobte die Organisation und die Ergebnisse der Suchtprä-

ventionswoche. Von den Kolleginnen und Kollegen des Amtes kam positives Feedback und Interesse an der Thematik. Einige agierten als Multiplikatoren und betreuten die Workshops mit. Die Beteiligung an der Abschlusspräsentation im Hörsaal des Umweltbundesamtes war jedoch leider überschaubar.

Welche Tipps würden Sie anderen Interessenvertretungen geben?

M. Schubert: Besonders wichtig ist die Vorbereitung. Dazu gehört Brainstorming in alle Richtungen, bezüglich Vorträgen oder Workshops. Außerdem bedarf es einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Personalrat, aber auch mit anderen kompetenten Einrichtungen wie der Sozialberatung und den Suchtbeauftragten. Ebenfalls hilfreich: Kooperationen mit regionalen Institutionen wie Polizei, Krankenhäuser, Suchtberatungsstellen, Vereinen, Unternehmen und Gewerkschaften. Und natürlich sollte man auch unbedingt die Kollegen bei der Suchtpräventionswoche einbeziehen. Hier können persönliche Erfahrungen mit der Thematik weiterhelfen. Im Anschluss steht die Evaluation der Projektwoche an, um Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen und um danach ein Konzept zu erarbeiten, damit eine regelmäßige Durchführung gesichert ist. Ganz besonders wichtig: Ideen sind keine Grenzen gesetzt.

Tarifrunde eröffnet

ÖFFENTLICHER DIENST Rund 2,6 Millionen Beschäftigte fallen unter den Geltungsbereich des TVöD. ver.di gemeinsam mit GEW, GdP und IG BAU sowie dbb beamtenbund und tarifunion fordern in der Tarifrunde sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro als soziale Komponente, für Auszubildende 100 Euro. Das soll die Einkommenslücke zu anderen Branchen schließen. Die Verhandlungsrunden 2 und 3 finden am 12./13.3.2018 sowie am 15./16.4.2018 in Potsdam statt. Den Gewerkschaften geht es um die Teilhabe der Beschäftigten an der gesamt-

wirtschaftlichen Entwicklung. Angesichts eines Bruttoinlandsprodukts von 2,2 Prozent und hohen Überschüssen in den öffentlichen Haushalten müsse ein Tarifabschluss deutlich mehr beinhalten als den Ausgleich steigender Verbraucherpreise. Die Regelungen des Tarifvertrags sollen zeit- und inhaltsgleich auf die 344.000 Beamten, Richter und Soldaten sowie auf die 182.000 Versorgungsempfänger übertragen werden. Weitere Forderungen: Die Angleichung der Jahressonderzahlung Ost und mehr Sonderurlaub für Schichtdienst.